

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

e-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

6. Juni 2014

Pressemitteilung

- Gemeinschaftsschul-Ideologie noch immer Leitlinie der Bildungspolitik - Realschulen in Baden-Württemberg werden zunehmend unter Druck gesetzt

Auch zur dritten Tranche der im Schuljahr 2014/2015 startenden neuen Gemeinschaftsschulen gehören fast nur bisherige Haupt- und Werkrealschulen. Von den dann mehr als 200 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg werden nur rund 5 Prozent ehemalige Realschulen sein, rund 95 Prozent sind ehemalige Haupt- und Werkrealschulen. Bisherige Gymnasien finden sich gar nicht unter den Gemeinschaftsschulen.

Diese Entwicklung passt nicht zu den bildungspolitischen Plänen, die mit der gesetzlichen Verankerung von Gemeinschaftsschulen verbunden waren. Ganz offensichtlich ist es nicht der Wunsch der Bürger in Baden-Württemberg, nur noch diese Art von Einheitsschule zu haben.

Die Landesregierung reagiert hierauf jedoch nicht mit einer Kurskorrektur, sondern mit Zuckerbrot und Peitsche für die Realschulen. Zur Peitsche gehört die krasse Benachteiligung der Realschulen gegenüber Gemeinschaftsschulen. Zum Zuckerbrot gehören vermehrte Flötentöne in Richtung Realschulen. Jetzt haben sogar 19 Realschulrektoren, die aus ihren Schulen Gemeinschaftsschulen gemacht haben oder machen wollen, mit einem Aufruf öffentlich für ihren Schritt geworben. Das Kultusministerium hat dazu extra eine Pressemitteilung herausgegeben, und auch die Medien des Landes haben wohlwollend darüber berichtet.

Nicht berichtet wurde hingegen, dass es in Baden-Württemberg mehr als 400 Realschulen gibt, die keine Gemeinschaftsschule werden wollen, und dass auch der Verband der Realschullehrer in Baden-Württemberg am 30. Mai zur Aktion der 19 sehr kritisch Stellung genommen hat: «Der Realschullehrerverband widerspricht deutlich und mit Nachdruck der Stellungnahme von 19 SchulleiterInnen bisheriger Realschulen und heutiger bzw. künftiger Gemeinschaftsschulen. Es ist ihr Recht neue pädagogische Wege zu beschreiten und sich als Schule für das neue Modell Gemeinschaftsschule zu entscheiden, es geht aber eindeutig zu weit, wenn hier der Eindruck erweckt werden soll, dass die **noch nicht erprobte GMS** die über Jahrzehnte in ihrer Qualität bewährte, **weil erprobte RS zukunftsfähig macht.**» (Hervorhebung im Original)

Weiter heißt es in der Pressemitteilung des Realschullehrer: «Ja haben wir sie denn noch alle, wenn wir gerade diese Schulart [die Realschule] im Versuchslabor der Gemeinschaftsschule einebnen oder durch mangelhafte Ausstattung weiter austrocknen wollen? Sind wir noch bei Trost, wenn wir eine so wesentliche Bildungssäule für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Deutschland einem teuren Experiment mit unklarem Ausgang opfern? Die Antwort lautet eindeutig Nein!»

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» unterstützt diesen Protest der Realschullehrer. Er unterstützt auch den Protest vor Ort, wenn Bürger mit Plänen, gut funktionierende Realschulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, nicht einverstanden sind und sich deshalb an den Arbeitskreis wenden, wie beiliegendem Schreiben zu entnehmen ist.

In den Gemeinden und auch im gesamten Land wird immer wieder deutlich, dass es keine gute Lösung ist, die Verantwortung alleine Amtsträgern und Politikern zu überlassen. Bildungspolitik geht alle Bürger etwas an. Die Bürger selbst können aktiv werden. Schließlich sind sie der Souverän.

Anlage